



## **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

### **70. Sitzung (öffentlich)**

29. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
– Bericht von Thomas Schnalke (Geschäftsführer Flughafen Düsseldorf)	5
– Aussprache	7

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)** **10**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12500  
Vorlage 16/4165 (Erläuterungsband)  
Hier: Einzelplan 09
- Einbringung durch Minister Michael Groschek (MBWSV) 10
  - Nachfragen 12
- 2 Kommunikation, Initiativen und Pilotprojekte in Architektur und Stadtentwicklung: Das aktuelle Programm der Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020** **16**
- Bericht der Landesregierung
- Bericht durch Hartwig Schultheiss (Vorstandsvorsitzender StadtBauKultur NRW) 16
  - Berichte durch Tim Rieniets (Geschäftsführer StadtBauKultur NRW) und Ursula Kleefisch-Jobst (Museum für Architektur und Ingenieurkunst NRW) 17
  - Aussprache 17
- 3 Auskömmlichen Wohnraum schneller schaffen – Bearbeitungszeiten von Bauanträgen verkürzen – verlässliche Fristen einführen** **20**
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/10295  
Ausschussprotokoll 16/1273  
– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Piraten lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

**4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen 27**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12782

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

**5 Trauerspiel um die JVA Münster beenden: Überfälligen Neubau endlich realisieren, denkmalgeschützten Altbau erhalten! 28**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/12832

Der Ausschuss beschließt, die weitere Beratung zurückzustellen.

**6 Sachstand Denkmalschutzförderung 29**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4256

– Aussprache 29

**7 Zweites Gesetz zur Änderung des Beitreibungserleichterungsgesetzes/Kfz-Zulassung 31**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12783

– Der Ausschuss stellt die Beratung zurück. 31

- 8** **Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (8. ÖPNV-ÄndG)** **32**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12435
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer mündlichen Anhörung.
- 9** **Änderung der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung** **33**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4253
- Nachfragen **33**
- 10** **Förderung der Sanierung/Teilerneuerung der Mülheimer Brücke in Köln – Fortschreibung des ÖPNV-Infrastrukturplans (IFP) des Landes Nordrhein-Westfalen** **34**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4276
- kurze Aussprache **34**
- 11** **Verschiedenes** **35**

## 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12500  
Vorlage 16/4165 (Erläuterungsband)  
Hier: Einzelplan 09

**Vorsitzender Dieter Hilser** teilt mit, absprachegemäß erteile er zunächst Herrn Minister Groschek für die Einbringung des Haushaltes das Wort. Danach bestehe die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen. Die allgemeine Aussprache und Beratung von Anträgen erfolgten in der Ausschusssitzung im November.

**Minister Michael Groschek (MBWSV)** trägt vor:

Wir setzen mit dem Haushaltsentwurf 2017 den erfolgreichen Weg der letzten fünf Jahre fort. Das ist der fünfeinhalbste Haushaltsentwurf, den ich einbringen darf, wenn Sie dazurechnen, dass wir ja mit dem Nachtrag 2012 begonnen haben, unseren Weg zu markieren.

Im Landesstraßenbau haben wir 167,5 Millionen €. Es ist dieser Landesregierung und natürlich den sie tragenden Koalitionsfraktionen gelungen, im Vergleich zu 2010 in die notwendigen Erhaltmaßnahmen im Landesstraßenbau um sage und schreibe 84 % zu steigern. Das ist eine Steigerungsrate der Vernunft gegen die Unvernunft der Neubaeuphorie. Darauf können wir gemeinsam stolz sein, weil der Bund diese Perspektive in seinem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans für die nächsten 15 Jahre kopiert habe. Von Nordrhein-Westfalen lernen ist also auch in Berlin im Verkehrs- wie im Baubereich gängige Praxis geworden, ohne dass sich das für uns unmittelbar in Ablöseprämien ausdrückt.

Beim Neu- und Ausbau haben wir die richtige Akzentuierung gefunden. Wir haben den Radwegebau vorangetrieben. Wir haben die Änderung des Landesstraßen- und Wegegesetzes im Grunde vorbereitet, hoffen auf baldige Beschlussfassung, damit wir endlich dem berechtigten Wunsch vieler Menschen nachkommen können, Radschnellwege zu bauen, denn das sind Verkehrswege der Zukunft. Die Überparteilichkeit des Fanclubs für den Radschnellweg 1 im Ruhrgebiet zeigt, dass alle hier versammelten Parteien sicherlich Mitglied in diesem Fanclub werden, manche mit zeitlicher Verzögerung, aber die Ruhrgebietsparteien verhelfen ihren Düsseldorfer Aushängeschildern zum Durchbruch. Sie alle sind jedenfalls herzlich eingeladen, mit uns so schnell wie möglich so viel wie möglich zu bauen, nicht nur an der Ruhr, sondern auch im wunderbaren westlichen Münsterland, wo die Städte und Gemeinden Schlange stehen, um Radschnellwege zu realisieren. Wenn alles gut geht, werden wir auch die Verlängerung beispielsweise von Coesfeld nach Velen, Herr Schemmer, hinbekommen, um das große westfälische Radfahrinteresse zu befrieden.

Gut ist, dass der Bund mitzieht. Inzwischen ist es der Bundesumweltministerin gelungen, den Bundesverkehrsminister zu überzeugen, eine eigene Haushaltsstelle einzurichten. 25 Millionen € stehen abrufbereit. Wir haben bereits eine große Akteurskonferenz mit den Vertretern des Bundesverkehrsministeriums gehabt, um sicherzustellen, dass ein Großteil der Mittel beim Radschnellwegebau in Nordrhein-Westfalen landet.

Beim Landesbetrieb Straßenbau NRW haben wir eine Steigerung von 9,2 Millionen € auf insgesamt 41,6 Millionen €. Das zeigt, dass wir den Landesbetrieb nachhaltig fitmachen, um die riesige Herausforderung zu meistern, die insbesondere der Bundesverkehrswegeplan bedeutet. 24 zusätzliche Stellen im Bereich der Bauingenieure wieder obendrauf signalisieren und unterstreichen dies.

Die DEGES bekommt 15 Millionen. Wir hoffen, dass sie in Nordrhein Westfalen erfolgreich arbeiten wird.

Im Bereich öffentlicher Personennahverkehr drückt sich unser Erfolg bei den Regionalisierungsmitteln aus. 1,6 Milliarden € sind 18 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr. Die einzelnen Pauschalen haben wir Ihnen dargestellt. Das ist ein Aufwuchs, der auch bei den Aufgabenträgern und Nahverkehrsunternehmen erfreut zur Kenntnis genommen wurde. Der Supererfolg des Sozialtickets spiegelt sich wider im Aufwuchs auf 40 Millionen € Landesförderung. Bürgerbusse und Co. wollen wir mit 10 Millionen € fördern.

Luftfahrtförderung und Schifffahrtförderung sind eigentlich Bundesangelegenheit. Die Beträge sind bei der Einbringung zu vernachlässigen.

Stadtentwicklung, Denkmalpflege, Wohnungsbauförderung sind unter der Rubrik zu fassen: Wir fördern erfolgreich Heimat. Wir sind die eigentlichen Heimatsförderer, auch wenn andere versuchen, sich im Titel an unseren Ambitionen auszurichten.

Wir haben einen Rekordetat bei Stadtentwicklung und Denkmalpflege von 328 Millionen €. Die Stadtentwicklung profitiert davon, dass das Landeskabinett die sehr erfolgreiche Mittelaufstockung des Bundes eins zu eins kofinanzieren wird. Und im Bereich der Denkmalpflege ist weniger spannend, was bei den Programmabfolgen stattfindet, sondern zwei andere Themen sind auch eine Ausschlussdiskussion wert, erstens der Dialog um die Denkmalwürdigkeit der 2.537 katholischen und evangelischen Kirchen und zweitens die Frage, wie wir die Route der Industriekultur doch noch auf den ihr zustehenden Charakter eines Weltkulturerbes bekommen. An beiden Aspekten wird intensiv gearbeitet.

Zusammen mit unserem Bündnis für Wohnen sind wir mit weitem Abstand Deutscher Meister beim Sozialwohnungsbau. Die Verbandsrückmeldungen sind so positiv, dass sie einen fast peinlich berühren. Deshalb will ich mich hierzu nicht weiter äußern. Wir als Landesregierung freuen uns jedenfalls, dass wir als einziges Bundesland eine aufgestockte überjährige Finanzierung garantieren. Auf 1,1 Milliarden € hat die Landesregierung die Förderperspektive in Absprache mit der NRW.Bank aufgestockt. Das Gros soll in den Mietwohnungsbau und in die Wohnquartierförderung gehen. Und die Entflechtungsmitteln des Bundes können wir nachweislich auch für die jüngste Vergangenheit eins zu eins dokumentieren, ohne

dass 1 € oder auch nur 1 Cent an klebriger Finanzministerhand hängengeblieben wäre. Wir leiten alle Entflechtungsmitteln als Tilgungsnachlässe durch. Dieses gemeinsame Wirken von Bund und Land ist der Schlüssel für den Erfolg unserer Programmatik. Tilgungsnachlässe sind der Nachbrenner. Deshalb ist die Förderkulisse so, dass wir Trendsetter sind. Programme werden mehr oder weniger eins zu eins durch die Bundesrepublik Deutschland kopiert. Das ist auch gut so, weil wir uns wechselseitig bestärken können.

Abschließend will ich kurz auf die Notwendigkeit eingehen, dieses Bündnis für Wohnen zu kommunalisieren und zu regionalisieren. Bezüglich der Regionalisierung hatten wir einen erfolgversprechenden Stadtumlandwettbewerb, über den wir demnächst berichten können. Im Bereich Bauwesen kümmern wir uns natürlich um die 50 Sonderliegenschaften und 130 kirchlichen Gebäude in unserer besonderen Obhut und Patenschaft. Deshalb haben wir 500.000 € mehr Investitionsmittel vorgesehen. 6,5 Millionen € sollen den Investitionsstau an dieser Stelle beseitigen. Für die Sanierung der Observantenkirche in Münster haben wir einen erheblichen Betrag vorgesehen. Das werden wir fortsetzen, weil das ein mehrjähriges Sanierungsprogramm ist.

Ob diese Einbringung so etwas wie ein Schlusspfeiff oder eine Halbzeitbilanz ist, entscheiden nicht wir miteinander, sondern zunächst einmal die Wählerinnen und Wähler am 14. Mai und anschließend, so hoffe ich zumindest, die Ministerpräsidentin, die auch jetzt Ministerpräsidentin ist. An mir soll es dann nicht liegen, mit Ihnen eine zweite Halbzeit zu verbringen. Mir haben der Dialog und die Diskussion mit der Regierungskoalition sowie mit der Opposition Spaß gemacht. Ich finde, der Dialog war so erfolgreich, dass wir gemeinsam dafür sorgen sollten, ihn fortzusetzen, wohlbemerkt in der jetzigen Rollenverteilung. In diesem Sinne: Glückauf und viel Vergnügen mit unserem guten Haushaltsentwurf!

**Klaus Vossemer (CDU)** führt aus, der Minister habe vom Club der Freunde und Förderer des Radschnellwegebau gesprochen. Hier stelle sich die Frage, wie hoch der Clubbeitrag sei. Für diese Frage habe er sicherlich Verständnis, nach dem die Kollegen der CDU in Berlin die Voraussetzung für Finanzierungsvorläufe geschaffen hätten. Ihn interessiere, wie der Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen im Radschnellwegebau aussehe, auch im Verhältnis zu den erwarteten Bundesmitteln. Dies sollte einmal in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt werden. Er hoffe nicht, dass es bei der ansonsten üblichen Arbeitsteilung bleibe, die SPD feiere und die CDU kümmere sich um die Rechnung.

Darüber hinaus frage er, wie es mit dem Erhalt aussehe. Im Radwegenetz entlang vieler Landesstraßen täten sich mittlerweile Schlaglöcher auf. In der derzeitigen Haushaltsplanung vermisse er ein gewisses Konzept, wie man dem Erhalt des Radwegenetzes fördernd begegnen wolle.

**Holger Ellerbrock (FDP)** begrüßt, dass der Minister die FDP-Forderung nach einem effizienten Mitteleinsatz in besonderem Maße beherzige, denn er habe heute die gleiche Rede wie beim Juso-Kongress gehalten.

Dies sei eine für Minister Groschek typische Rede gewesen, rechts blinken, links abbiegen. Er wolle den Minister aber nicht an seinen Worten, sondern an seinen Taten messen. Der Minister sage einerseits Ja zum Straßenbau und zur Willkommenskultur für Bagger gerade im Wohnungsbau und andererseits Ja zu einer Mietpreisbremse, zu einer höheren Grunderwerbsteuer, zu einer höheren Grundsteuer, zu einer Verkürzung der Modernisierungsmittel von 11-%- auf 8-%- Anrechnung, zu einer Kappungs-obergrenzenverordnung. All dies verteuere das Bauen. Darüber sollte sicherlich einmal geredet werden.

Der Minister habe ausgeführt, dass 117 Millionen € für den Erhalt ausgegeben würden. Der Finanzminister spreche in einer Pressemitteilung von 173 Millionen €. Er bitte darum, dies aufzuklären.

**Sarah Philipp (SPD)** bittet vor dem Hintergrund der im Vorfeld getroffenen Vereinbarung darum, heute lediglich Nachfragen zu stellen und keine allgemeine Aussprache vorzunehmen.

**Oliver Bayer (PIRATEN)** sagt, die Fragen seiner Fraktion würden sich nicht aus einer Gute-Laune-Rede, sondern daraus ergeben, was schriftlich vorliege. Insofern gehe er davon aus, dass auch in der Zeit bis zur nächsten Sitzung noch Fragen gestellt werden könnten.

**Rolf Beu (GRÜNE)** findet die Rede des Ministers sehr erhellend, sehr sachlich und sehr zutreffend, die im Vergleich zu sonst mit nicht gerade überschäumender Emotion vorgetragen worden sei. Vom Kollegen der FDP habe er zumindest eine rhetorische Frage erwartet, aber selbst diese sei bei ihm nicht angekommen.

**Holger Ellerbrock (FDP)** gibt der Abgeordneten Philipp recht, dass vereinbart worden sei, heute den Einbringungsbericht zur Kenntnis zu nehmen und lediglich Nachfragen zu stellen. Der Vorsitzende habe aufgefordert, Nachfragen zu stellen, und diesem habe er nachkommen wollen. So sei sein Beitrag zu verstehen gewesen.

Mit Blick auf die Kritik des Abgeordneten Beu weise er darauf hin, dass er durchaus eine Frage gestellt habe, nämlich die nach den tatsächlichen Mitteln für den Erhalt.

**Bernhard Schemmer (CDU)** erinnert die Ausführungen des Ministers an die Darstellung der Fünfjahrespläne von Erich Honecker. Es gebe einen großen Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Die Zuweisung an den RVR zur Pflege und Unterhaltung bedeutender Standorte der Route der Industriekultur sei von 3,6 auf 5,6 Millionen € erhöht worden. Er frage, wie viel davon Invest- und wie viel davon Personalkosten seien.

Der Minister habe ausgeführt, dass sich die Mittel für den Erhalt von Landesstraßen seit 2010 um 84 % erhöht hätten. Die zweite Hälfte des Jahres 2010 sei ja von Rot-Grün regiert worden. Insofern verweise er auf das Jahr 2009. Er bittet den Minister um

Mitteilung, inwieweit sich die Mittel für den Erhalt von Landesstraßen von 2009 bis heute erhöht hätten in Relation zum Anstieg des kompletten Haushaltsvolumens.

**Minister Michael Groschek (MBWSV)** antwortet, die Nussbaumsplünderung von Wandlitz wäre für ihn ein unmöglicher Wohn- und Lebensort gewesen. Dies widerspreche allem, was er mit Heimat verbinde.

Was die Route der Industriekultur angehe, seien es in der Regel Investitions- und keine Personalmittel.

Sich um die Vorgängerregierungsehrenrettung des Abgeordneten Schemmer zu kümmern, nehme er als Auftrag mit. Er werde sehen, was er tun könne.

Die vom Abgeordneten Ellerbrock aufgeführten Maßnahmen seien die notwendige Korrektur eines ausufernden Marktes, um wieder sozialmarktwirtschaftliche Grenzen zu setzen. Dies könne er blind unterschreiben. Diese Eingriffe werte er anders als der Abgeordnete der FDP. Er sei politisch aufgewachsen mit der Perspektive einer sozialen Marktwirtschaft, die der Korrektur da bedürfe, wo sie selbst keine Regelmechanismen habe, die soziale, ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft nachhaltig garantierten.

Für Nahmobilität und landesstraßenbegleitende Radwege seien fast 27 Millionen € veranschlagt worden. Damit werde man auch den Erhaltmaßnahmen gerecht. Es gebe eine mittelfristige Finanzplanung für die Radschnellwege, die sich in den nächsten Jahren sicherlich positiv verändern werde.

Was die Maßnahmen auf Bundesebene angehe, weise er darauf hin, dass die SPD-Bundesumweltministerin den CSU-Bundesverkehrsminister dazu gebracht habe, im Rahmen der Ressortabstimmung eine eigene Haushaltsstelle für den Radwegbau einzurichten. Von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seien ihm vergleichbare politische Anstrengungen nicht bekannt. Wäre die Bundestagsfraktion von CDU und CSU inzwischen soweit, Radschnellwege zu etablieren, könnte er dazu nur beglückwünschen und würde empfehlen, diese zum Vorbild zu nehmen. Die Berufspendlerinnen und -pendler bräuchten eine solche Entlastung. Hier eine große parlamentarische Gemeinsamkeit zu stiften, sei ihm eine Ehre.

**Holger Ellerbrock (FDP)** erinnert an seine Frage nach der unterschiedlichen Darstellung der Mittel für den Erhalt durch den Verkehrsminister und den Finanzminister und bittet um Beantwortung.

**Henning Rehbaum (CDU)** stellt fest, dass der Minister nichts dazu ausgeführt habe, dass seit 2010 mehrere Millionen Euro aus der Haushaltsposition für den Um- und Ausbau von Landesstraßen, also die Sicherung von kurvigen Straßen, verloren gegangen seien. Auch nach dem nun vorliegenden Haushaltsentwurf stelle er keine Verbesserung fest.

**Minister Michael Groschek (MBWSV)** lässt wissen, der Status Quo von 2016 für Um- und Ausbau sei auch 2017 vorgesehen. Beim Erhalt gebe es eine Steigerung um über 2 Millionen €.

Was die Darstellung des Landesfinanzministers angehe, nehme er an, dass diese auf der Addition aller investiven, im Landesstraßenbereich ablesbaren Haushaltsstellen beruhe. Dies wäre eine Erklärung. Er bitte aber darum, im Zweifel den Landesfinanzminister selbst zu fragen.